

Kraftwerk: IG erteilt dem Bau erneut eine Abfuhr

Von Matthias Weigel

Wachau. Auf Einladung von Sachsenmilch kam die IG zum Treffen mit Unternehmensvertretern. Eine Annäherung hat es dennoch nicht gegeben.

Im Streit um den Bau eines Kraftwerks auf dem Sachsenmilchgelände ist auch weiterhin keine Einigung in Sicht. Die Interessensgemeinschaft „Gesunde Zukunft“, die den Bau verhindern will und auf den bestehenden Bürgerentscheid pocht (SZ berichtete mehrfach), erteilte auf einem Treffen am Dienstag Sachsenmilch eine Abfuhr in Sachen Zusammenarbeit.

Das Treffen war auf Initiative von Kraftwerks-Projektleiter Martin Gumpp zu Stande gekommen. Auch die örtliche CDU hatte ein solches Treffen gefordert. „Anstatt sich ständig mit nicht belegbaren Behauptungen an die Öffentlichkeit zu wenden und somit die Bürger in der Gemeinde zu verunsichern, sollte die Interessengemeinschaft endlich an einem gemeinsamen Tisch über das geplante Vorhaben diskutieren“, hieß es da.

Ziel Gumpps war es, eine Podiumsdiskussion am 24. Oktober auf die Beine zu stellen, in der jeweils drei Experten von Sachsenmilch sowie drei Fachleute durch die IG eingeladen werden und öffentlich debattieren. Beide Parteien müssten an einen Tisch. Diesem Vorschlag wollte die IG aber nicht folgen. „Wir sehen keinen Ansatzpunkt für eine Zusammenarbeit“, sagte Matthias Rangics von der IG. Die Arbeit der IG gelte nicht Müllermilch, sondern den Bürgern Wachaus. „Wenn das Unternehmen das Bedürfnis hat, kann es das ja gern tun“, so der IG-Sprecher. Außerdem sehe man keinesfalls nicht das Unternehmen als Ansprechpartner, sondern die Gemeinde oder die Gemeinderäte. „Das sind schließlich die Entscheidungsträger, und nicht Müllermilch“, sagt Rangics.

Unterschriftenaktion läuft

Im Ergebnis wird Sachsenmilch nun wohl eine eigene Veranstaltung organisieren. Zudem betonte Gumpp, dass das Vorhaben in Leppersdorf mittlerweile im gesamten Konzern verfolgt werde. Die IG müsse bei einer eigenen Veranstaltung demzufolge mit zahlreichen interessierten Gästen rechnen.

Derweil geht die Unterschriftensammlung der Interessensgemeinschaft für ein Bürgerbegehren gegen den Gemeinderatsbeschluss weiter. Auch das von der IG angeschobene Rechtsverfahren gegen den Beschluss läuft. Der Gemeinderat hatte im September zugestimmt, einen neuen B-Plan für das Vorhaben aufzustellen. Die Gegner sehen darin den Bürgerentscheid vom Dezember 2006 verletzt, wo eine Mehrheit gegen einen B-Plan, allerdings für einen anderen Standort gestimmt hatte.